

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der **7. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018:**

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Einwohnerfragestunde		
1.	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
	Große Anfrage der SPD-Fraktion Bonn vom 20.02.2018: Baustellenmanagement und Verkehrskonzept		
1.1.	Anerkennung der Tagesordnung	PVA BN/RSK 26/18 Änderung der TOP-Reihenfolge	RSK: einstimmig Bonn: einstimmig Seite 7
1.2.	Niederschrift über die 06. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.10.2017	anerkannt	--
2.	Anträge zur Minimierung Luftschadstoffe hier: Elektrifizierung Dieselbahnstrecke		
2.1.	Antrag der Bonner Fraktionen GRÜNE, CDU, FDP vom 20.03.18	PVA BN/RSK 29/18 Zustimmung zur Resolution	Bonn: einstimmig RSK: s. Beschluss zu 2.2 Seite 8/9
2.2.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE vom 22.03.18	PVA BN/RSK 30/18 Empfehlung an KA/KT: Zustimmung zur Resolution	RSK: einstimmig BN: s. Beschluss zu 2.1 Seite 9
3.	Machbarkeitsstudien "Elektrifizierung S 23" und "Linksrheinische S-Bahn Köln-Bonn"	Kenntnisnahme	--
4.	Überlastungsanzeige linke Rheinstrecke	Kenntnisnahme	--
5.	Realisierung S 13 - Aktueller Sachstand/Zeitplan -	Kenntnisnahme	--
6.	Weiterentwicklung regionales Stadtbahnangebot - Zwischenergebnisse und weiteres Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft "Zukunft Stadtbahn Bonn/Rhein-Sieg" - Kurzfristiger Bedarf zusätzlicher Stadtbahnfahrzeuge	PVA BN/RSK 31-33/18 s. Niederschrift	Bonn: s. Niederschrift RSK: nur Kenntnisnahme Seite 12/13
7.	Anfrage der Kreistagsfraktion GRÜNE vom 20.03.18: Betriebsbereitschaft der B-Wagen bei den SWB	Kenntnisnahme	--

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
8.	Kostenloser öffentlicher Nahverkehr zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs		
8.1.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.02.2018: Schnellstmögliche Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis zum Thema "Kostenloser ÖPNV"	PVA BN/RSK 27/18 Zustimmung zum fraktionsübergreifenden Antrag im VRS vom 09.03.18	RSK: MB ./ 1 (AfD) Bonn: einstimmig Seite 16/17
8.2.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 15.02.2018: Beteiligung des Rhein-Sieg-Kresies am Pilotprojekt für einen kostenlosen ÖPNV	PVA BN/RSK 28/18 Ablehnung des Antrags	RSK: MB ./ LINKE, FUW/Piraten bei einigen E. Bonn: ./ Seite 17
9.	Linienwegsoptionen L 550 - Ergebnis des Prüfauftrages aus der Gemeinschaftssitzung am 24.05.2017 -	PVA BN/RSK 34/18 Zustimmung zum Beschlussvorschlag	RSK: einstimmig Bonn: einstimmig Seite 18
10.	Zeit- und Ausbauplanung BAB 565 zwischen AK Bonn-Nord und AS Bonn-Endenich und weitere Maßnahmen des Landesbetriebs		
10.1.	Vortrag durch den Landesbetrieb Straßen.NRW	PVA BN/RSK 35/18 Verlängerung der Sitzung	RSK: einstimmig Bonn: ./ Seite 20
10.2.	Bonner Vorlage "Neubau der A 565 - Radwegmaßnahmen"	PVA BN/RSK 36/18 Zustimmung zum Bonner Beschlussvorschlag PVA BN/RSK 37/18 Zustimmung zum Antrag SkB Becker	Bonn: einstimmig RSK: ./ Seite 20 RSK: einstimmig Bonn: ./ Seite 21
11.	ÖBB-Nachtzug aus und in Richtung Wien - Halt in Bonn -	Kenntnisnahme	--
12.	NEILA - mündlicher Sachstandsbericht -	Kenntnisnahme	--
13.	Stand des Radfahrweges von Bonn nach Siegburg	Kenntnisnahme	--
14.	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen a) Stadtradeln b) Ersatzfahrpläne bei Streiks	Kenntnisnahme	--
	Nichtöffentlicher Teil		
15.	Mitteilungen und Anfragen	--	--

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018:

Sitzungsbeginn: 17:05 Uhr
Sitzungsende: 20:07 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 04.04.2018
Einladungsnachtrag vom: --

Anwesende Mitglieder (Rhein-Sieg-Kreis):

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Norbert Chauvistré
 Herr Franz Gasper
 Herr Hans-Peter Höhner
 Herr Marcus Kitz
 Herr Oliver Krauß
 Herr Joachim Kühlwetter
 Herr Tim Salgert
 Herr Matthias Schmitz i.V. für Abg. Sieberg
 Herr Helmut Weber

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Paul Lägel i.V. für Abg. Krupp
 Herr Björn Seelbach
 Herr Dietmar Tandler

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Edith Geske
 Herr Ingo Steiner **Vorsitzender**

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Frank Kemper i.V. für SkB Wichmann

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten

Frau Anja Moersch i.V. für SkB Nöthen

Sachkundige Bürger CDU

Herr Jerald Frederick Birenfeld i.V. für SkB Beer
 Herr Björn Klein i.V. für SkB Seifert
 Herr Guido Koch
 Herr Christian Stock
 Herr Mario Weesbach i.V. für Abg. Franken

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige Bürger SPD

Herr Mario Dahm

Herr Ömer Kirli

Herr Tobias Leuning

Herr Claus Müller

i.V. für Abg. Becker

Sachkundige Bürger GRÜNE

Herr Horst Becker

i.V. für Abg. Windhuis

Herr Dr. Richard Ralfs

i.V. für SkB Schroerlücke

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Norbert Kicinski

Sachkundiger Bürger AfD

Herr Peter Kurth

Schriftführerin

Frau Ursula Hillebrand

Entschuldigt fehlten:

Frau Abg. Gisela Becker (SPD)

Herr Abg. Björn Franken (CDU)

Herr Abg. Volker Heinsch (SPD)

Frau Abg. Ute Krupp (SPD)

Herr Abg. Christian Sieberg (CDU)

Herr Abg. Wilhelm Windhuis (GRÜNE)

Herr SkB Klaus Beer (CDU)

Herr SkB Hermann-Josef Nöthen (FUW-Piraten)

Herr SkB Michael Schroerlücke (GRÜNE)

Herr SkB Werner Seifert (CDU)

Herr SkB Dirk Wichmann (DIE LINKE)

Anwesende Mitglieder (Bundesstadt Bonn):

Vorsitzender:

Herr Stv. Beu, GRÜNE

CDU:

Stv. Moll

Stv. Reinsberg

Stv. Burgsmüller

Stv. Burgunder

AM Gödeke

AM Hauser

SPD:

Stv. Holdorf

AM Kunze

AM Schröder-Diederich

Stv. Dr. Redeker

Bzv. Groß (bis 18:45 Uhr)

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

GRÜNE:	Bzv. Brodhäcker Stv. Lohmeyer AM Uhlig
FDP:	AM Kivelip AM Thomas AM Schöneiseffen
LINKE:	Stv. Schmidt
BBB:	Stv. Schmitt (ab 17:45 Uhr)
AfB:	-
Die Sozialliberalen:	AM Brückel
Gemeinsam für Integration/ Friedens- liste	--
Libérale Liste:	--
Behindertengemein-schaft Bonn e.V.	--
Schriftführerin	Frau Ueding, Amt 61
Stellv. Schriftführer	Herr Rosenberg, Amt 61

Vertreter der Verwaltung (Rhein-Sieg-Kreis):

Herr Dr. Tengler	Leiter des Referates Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung
Herr Dr. Sarikaya	Stellvertretender Wirtschaftsförderer
Herr Pütz	Leiter des Straßenverkehrsamtes
Herr Dr. Berbuir	Fachbereichsleiter Verkehr und Mobilität
Herr Dr. Groneck	Fachbereich Verkehr und Mobilität

Vertreter der Verwaltung (Bundesstadt Bonn):

Herr Wiesner	Beigeordneter, Leiter des Dezernates Planung, Umwelt, Verkehr
Herr Seelbach	Dezernat Planung, Umwelt, Verkehr
Herr Schlottmann	Stellv. Leiter Stadtplanungsamt
Frau Gädker	Stadtplanungsamt
Herr Haux	Stadtplanungsamt
Herr Smydra	Stadtplanungsamt
Herr Bleich	Stadtplanungsamt
Herr Limbach	Stadtplanungsamt
Herr Arndt	Stadtplanungsamt

Gäste:

Frau Franken, SWB
Herr Puderbach, Geschäftsführer RVK
Herr Reinhardt, Geschäftsführer RSVG
Herr Ganz, Regionalleiter Straßen.NRW

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Einwohnerfragestunde	
--	----------------------	--

Der Vorsitzende des Rhein-Sieg-Kreises, Abg. Steiner, stellte fest, dass für die heutige Sitzung keine Einwohnerfragen eingereicht wurden.

1	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
---	---	--

Der Vorsitzende des Rhein-Sieg-Kreises, Abg. Steiner, eröffnete die 7. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse der Bundesstadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises und begrüßte die Mitglieder, die Vertreter der beiden Verwaltungen und der Presse sowie von den Verkehrsunternehmen die Geschäftsführer Herr Puderbach (RVK), Herr Reinhardt (RSVG) und Frau Franken (SWB). Er stellte die form- und fristgerechte Einladung fest und wies auf die Nachsendung vom 15.04.2018 (Anlage 6 b zu TOP 7) sowie die heute verteilten **Tischvorlagen zu TOP 6 (s. Anlagen 1-2)** hin.

Stv. Beu, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn, schloss sich den Ausführungen an und hieß ebenfalls alle Anwesenden herzlich willkommen. Er wies darauf hin, dass für Bonn eine Große Anfrage vorliege, die noch vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung behandelt werde.

	Große Anfrage der SPD-Fraktion Bonn vom 20.02.2018: Baustellenmanagement und Verkehrskonzept	
--	---	--

Stv. Dr. Redeker erläuterte, mit der Anfrage habe sich die SPD-Fraktion nach Bauzeit und Bauablauf der für die nächsten Jahre geplanten Großbaustellen und den aktuellen Überlegungen der Verwaltung zum Baustellenmanagement erkundigt. Die Verwaltung habe hierzu auch eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Leider beinhalte diese keine konkreten Maßnahmen. Er bat die Verwaltung, hierzu noch ergänzende Angaben zu machen.

Herr Seelbach, Leiter der Stabsstelle für Koordination in Bonn, erklärte, die Verwaltung befinde sich im kontinuierlichen Austausch mit Straßen.NRW und beteilige sich auch am Dialogforum „bonnbewegt“. Sobald sich Maßnahmen konkretisiert haben, werde die Politik selbstverständlich informiert. Er gehe davon aus, dass in der 2. Jahreshälfte im Ausschuss weiter berichtet werden könne.

1.1	Anerkennung der Tagesordnung	
-----	------------------------------	--

Der Vorsitzende des Rhein-Sieg-Kreises, Abg. Steiner, informierte, dass die SPD-Kreistagsfraktion darum bitte, den Tagesordnungspunkt 8 mit den Unterpunkten 8.1 und 8.2 zu Beginn der Sitzung zu beraten. Darüber hinaus bitte die Bonner Verwaltung, den Tagesordnungspunkt 10 in zwei Unterpunkte zu unterteilen:

10.1 Vortrag durch den Landesbetrieb Straßen.NRW

10.2 Bonner Vorlage „Neubau der A 565 – Radwegmaßnahmen“.

Hiergegen bestanden keine Einwendungen.

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.: Die mit Einladung vom 04.04.2018 zur 7. Gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn und des Ausschusses für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises übersandte Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen anerkannt:
PVA TOP 8 wird mit Unterpunkten vorgezogen und unmittelbar im Anschluss an
BN/RSK TOP 1.2 beraten. TOP 10 wird in zwei Unterpunkte unterteilt:
26/18 10.1 Vortrag durch den Landesbetrieb Straßen.NRW
 10.2 Bonner Vorlage „Neubau der A 565 – Radwegmaßnahmen“.

Abst.- RSK: einstimmig
Erg.: Bonn: einstimmig

1.2	Niederschrift über die 06. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.10.2017	
-----	--	--

Die Niederschrift über die 6. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.10.2017 wurde in Bonn bereits am 17.01.2018 einstimmig genehmigt.

Für den Rhein-Sieg-Kreis wurde die Niederschrift in der Sitzung am 22.02.2018 anerkannt.

2	Anträge zur Minimierung Luftschadstoffe hier: Elektrifizierung Dieselbahnstrecke	
---	---	--

Die Tagesordnungspunkte 2.1 und 2.2 wurden zusammen beraten.

Der Vorsitzende des Rhein-Sieg-Kreises, Abg. Steiner, bat die Bonner Verwaltung, über die Maßnahmen zur Stärkung des Umweltverbunds, die die Stadt Bonn beim Bund angemeldet habe, zu informieren und die entsprechende „Lead City“-Liste dem Protokoll beizufügen.

Herr Wiesner, Leiter des Bonner Dezernates Planung, Umwelt, Verkehr, bestätigte, die Stadt Bonn sei als Modellstadt relativ kurzfristig vom Bund aufgefordert worden, Vorschläge zur Erhöhung der Luftreinhaltung vorzulegen. Die Maßnahmen wurden in kurzfristige (ca. 2 Jahre), mittelfristige (5 Jahre) und langfristige (Zielhorizont 2030) Projekte unterteilt. Auf Wunsch des Bundes habe man 10 prioritäre Projekte benannt. Inhaltlich sei eine Systematisierung nach den Bereichen Tarif, Schienenverkehr, Busverkehr, Radverkehr und Seilbahn vorgenommen worden. Erhebungen aus dem Jahr 2008 hätten gezeigt, dass der ÖPNV-Anteil am Gesamtverkehr in Bonn bei 14 % liege. Nach Einschätzung der Bonner Verwaltung würde sich dieser Prozentsatz bei Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen als Gesamtkonzept auf 20 % erhöhen und damit eine deutliche Verbesserung des Modal-Split-Wertes im Bonner Stadtgebiet erreichen. Neben den tariflichen Dingen seien in erster Linie Taktverdichtungen, vor allem bei den Stadtbahnlinien, benannt worden. Auf Grund der Belastungen durch die Pendlerströme habe dies natürlich auch Auswirkungen auf den Kreis. Das Gleiche gelte für den Radverkehr, wo man auf Radschnellwege gesetzt habe. Intensiv diskutiert worden sei das Projekt Seilbahnverbindung Venusberg – UN-Campus – Beuel. Abschließend sagte er zu, das an den Bund versandte Dokument der Niederschrift beizufügen (s. Anlage 4).

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Stv. Moll erläuterte den von den Bonner Fraktionen CDU, GRÜNE und FDP gestellten Antrag zur prioritären, schnellstmöglichen Elektrifizierung der S 23. Durch die Umrüstung der Diesel-Triebzüge werde ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Minimierung der Luftschadstoffe geleistet.

Bzv. Groß erklärte, die Bonner SPD-Fraktion sehe es ähnlich wie die CDU-Fraktion. Es sollten so schnell als möglich Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine Elektrifizierung der S 23 ermöglichen. Der NVR habe bereits durch die Aufnahme der S 23 in die VDV-Maßnahmenliste 2016/2017 (*Verband Deutscher Verkehrsunternehmen*) für wichtige Elektrifizierungsmaßnahmen und den Nachweis der Förderwürdigkeit durch die Standardisierte Bewertung einen vernünftigen Plan zur Umsetzung eingeleitet. Eine Elektrifizierung im Jahr 2030 sei viel zu spät. Deshalb unterstütze seine Fraktion den Antrag.

Stv. Beu, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn, betonte, die Elektrifizierung der S 23 sei nicht nur eine wichtige Maßnahme im Rahmen des Lead City Bonn-Projektes zur Stärkung des Umweltverbunds, sondern ermögliche auch eine spürbare Angebotsverbesserung für alle Pendler, deren Anschlussmöglichkeiten im Hbf Bonn und im Bf Euskirchen durch die vier zusätzlichen Haltepunkte stark verschlechtert worden seien. Auch wenn ein Vorziehen der Elektrifizierung der S 23 grundsätzlich vertraglich schwierig sei, müsste eine Vertragsanpassung von Seiten des NVR und der DB möglich sein, wenn sich die Parteien über die prioritäre Elektrifizierung einig seien. Der Kosten-Nutzen-Faktor liege über 6 und sei damit so hoch wie bei keinem anderen Projekt. Er würde es daher sehr begrüßen, wenn heute dem Antrag zugestimmt werde und alle Beteiligten eine prioritäre, schnellstmögliche Elektrifizierung der S 23 unterstützen würden.

SkB Becker schloss sich den Ausführungen seiner Vorredner an. Die Beschleunigung sei neben der Schadstoffminimierung eine ganz entscheidende Frage für die Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten.

Abg. Krauß äußerte, das Anliegen sollte auch im Regionalrat möglichst neutral bewertet werden. Auch wenn andere Vertreter im Regionalrat die Sorge hätten, ihre Dieselstrecken könnten durch eine vorrangige Elektrifizierung der S 23 benachteiligt werden, so müsse dennoch akzeptiert werden, dass es objektive Gründe gebe, die für eine Implementierung sprechen. Die schnellstmögliche Elektrifizierung sei aufgrund des hohen volkswirtschaftlichen Nutzen zur Verringerung des Schadstoffausstoßes und der Einhaltung des Ausschreibungsfahrplans wichtig, unabhängig davon, ob 2033 noch eine Oberleitung benötigt werde oder wasserstoffbetriebene Züge zum Einsatz kommen würden.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, stellte fest, alle Vertreter der Region, auch im NVR, setzen sich dafür ein, dass eine schnellstmögliche Elektrifizierung erreicht werde. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ er über die beiden inhaltlich gleichlautenden Anträge zu TOP 2.1 und 2.2 abstimmen.

2.1	Antrag der Bonner Fraktionen GRÜNE, CDU, FDP vom 20.03.18	
-----	---	--

B.-Nr.:
PVA
BN/RSK
29/18

Die Stadt Bonn erwartet von allen Beteiligten nunmehr die prioritäre, schnellstmögliche Elektrifizierung der S 23 (Bonn-Rheinbach-Euskirchen).

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abst.- Bonn: einstimmig
Erg.: RSK: siehe Beschluss zu 2.2

2.2	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE vom 22.03.18	
-----	--	--

B.-Nr.: Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem Kreisausschuss, dem
PVA Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:
BN/RSK Der Rhein-Sieg-Kreis erwartet von allen Beteiligten nunmehr die prioritäre,
30/18 schnellstmögliche Elektrifizierung der S 23 (Bonn-Rheinbach-Euskirchen).

Abst.- RSK: einstimmig
Erg.: Bonn: siehe Beschluss zu 2.1

3	Machbarkeitsstudien "Elektrifizierung S 23" und "Linksrheinische S-Bahn Köln-Bonn"	
---	--	--

Die Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis nahmen die mit der Einladung versandte Stellungnahme des NVR zur Kenntnis.

4	Überlastungsanzeige linke Rheinstrecke	
---	--	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, verwies auf die Stellungnahme des NVR (handschriftlich S. 9 der Einladung) und bemerkte, auch die Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis hätten bereits in ihrer Gemeinschaftssitzung am 19.10.17 eine Resolution zum „Erhalt des Zugangebots im Personenverkehr auf der DB-Strecke Hürth-Kalscheuren-Remagen“ (Stadtrat 09.11.17, Kreistag 14.12.17) beschlossen. Der Kreistag in Ahrweiler habe nun am 16.03.18 ebenfalls eine Resolution zur „Durchbindung der Ahrtalbahn“ verabschiedet. Er werde den Resolutionstext dem Protokoll beifügen (**s. Anlage 5**).

Abg. Krauß führte aus, es sei wichtig, dass man sich in der Region fraktionsübergreifend mit der Qualitätserhöhung im Rahmen der bestehenden Trassen beschäftigt habe. Es müsse geprüft werden, wie man im Rahmen der bestehenden Vertragsverhältnisse mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen die Kapazitäten von einzelnen Zügen erhöhen könne. Diesem Ziel diene der im März 2018 in der Verbandsversammlung des ZV NVR eingebrachte fraktionsübergreifende Antrag.

Stv. Beu, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn, stellte fest, die linksrheinische Bahnstrecke gelte als voll, der Fernverkehr müsse auf der Strecke erhalten bleiben und der Schienengüterverkehr sei von hier nicht beeinflussbar. Insofern könne nur innerhalb der bestehenden Verträge mit den Verkehrsunternehmen über den Einsatz längerer oder höherer Züge (Doppelstockwagen) verhandelt werden, um in der Hauptverkehrszeit überhaupt größere Kapazitäten schaffen zu können.

Stv. Dr. Redeker äußerte, seine Fraktion begrüße natürlich auch, dass jetzt auf anderen Wegen als bisher versucht werde, zusätzliche Kapazitäten zu generieren. Die Taktprobleme könne man dadurch allerdings nicht lösen.

Im Übrigen nahmen die Ausschüsse die Stellungnahme des NVR zur Kenntnis.

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

5	Realisierung S 13 - Aktueller Sachstand/Zeitplan -	
---	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, fasste den Sachstand nochmals kurz zusammen. Pressemitteilungen hatten im Januar eine mögliche Verlängerung der Bauzeit der S 13 aufgrund von Umleitungsverkehren der DB im Zuge der Sanierung der Hochgeschwindigkeitsstrecke Hannover - Würzburg angekündigt. Daraufhin wurden mit einem gemeinsamen Schreiben des Bonner Oberbürgermeisters, des Landrates und des Geschäftsführers der NVR GmbH die DB und der Landesverkehrsminister angeschrieben. Nach Mitteilung der DB laufen zurzeit detaillierte Untersuchungen zu zahlreichen möglichen Umleitungsstrecken. Erste valide Ergebnisse werden Mitte des Jahres erwartet. Erst danach entscheide sich, ob es Auswirkungen auf den „Ausbau der S 13“ geben werde. Sobald neue Informationen vorliegen, erhalten die Ausschüsse eine Mitteilung.

6	Weiterentwicklung regionales Stadtbahnangebot - Zwischenergebnisse und weiteres Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft "Zukunft Stadtbahn Bonn/Rhein-Sieg" - Kurzfristiger Bedarf zusätzlicher Stadtbahnfahrzeuge	
---	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, äußerte, es habe sich gezeigt, dass nicht nur eine Weiterentwicklung des Stadtbahnangebots, sondern auch eine Ertüchtigung der Stadtbahnwagen erforderlich sei.

Stv. Moll führte aus, in der Beschlussvorlage schlage die Verwaltung eine Kapazitätsausweitung der Stadtbahnlinien 66, 16 und 18 vor. Diese sei auch dringend erforderlich. Allerdings halte seine Fraktion einen kurzfristigen Realisierungshorizont zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018 für unrealistisch. Es solle zunächst die Vorlage einer Maßnahmen-Priorisierungsliste der Verwaltung abgewartet werden. Deshalb sei der heute mit Tischvorlage vorgelegte Änderungsantrag gestellt worden, mit dem in Ziffer 2 des Beschluss-Vorschlages die Streichung des Satzteils „mit kurzfristigem Realisierungshorizont Dezember 2018“ beantragt werde.

Stv. Beu, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn, betonte, auch heute habe sich auf der Linie 66 mal wieder gezeigt, dass die mangelnde Zuverlässigkeit der vorhandenen Stadtbahnwagen es zunächst einmal notwendig mache, Fahrzeugmodernisierungen und ggf. zusätzliche Fahrzeugankäufe vorzunehmen. Gut finde er, dass die Verwaltungsvorlage auch neue Vorschläge enthalte. Diese müssten natürlich auch in den Bezirksvertretungen bzw. in den betroffenen Kommunen beraten werden. Deshalb sei eine kurzfristige Realisierung bis zum Dezember 2018 nicht möglich. Abschließend wies er darauf hin, dass er eine Verbindung Siegburg – Bad Godesberg als zukünftige Hauptlinie gegenüber dem aktuellen Verwaltungsvorschlag präferiere.

AM Brückel begrüßte die zwischen den Verwaltungen abgestimmte Vorlage. Verbesserungen im Stadtbahnangebot seien längst überfällig. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien auch mit den vorhandenen Fahrzeugen kurzfristig umsetzbar. Der heute mit Tischvorlage 2 vorgelegte Änderungsantrag der Sozialliberalen präzisiere den Vorschlag der Verwaltung. Darüber hinaus müsse natürlich der Infrastrukturausbau und der Ankauf zusätzlicher Stadtbahnfahrzeuge weiter vorangetrieben werden.

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Stv. Dr. Redeker freute sich ebenfalls über den Vorschlag der Verwaltung. Vor einigen Wochen habe es noch geheißen, Verbesserungen auf der Linie 66 seien sehr schwierig. Wenn die Verwaltung jetzt Maßnahmen mit kurzfristigem Realisierungshorizont Dezember 2018 vorschlage, dann sollte man davon ausgehen können, dass diese auch umsetzbar seien. Die Detail-Ergänzungen im Änderungsantrag der Sozialliberalen könne er auf die Schnelle nicht beurteilen. Insofern lehne seine Fraktion beide Änderungsanträge ab und bleibe bei dem Beschluss-Vorschlag der Verwaltung.

Stv. Schmitt nahm Bezug auf die Aussage der Verwaltung, dass die Stadtbahnstrecken Bonn – Bad Godesberg und Bonn – Bad Honnef in den Hauptverkehrszeiten eine akzeptable Auslastung aufweisen und kein zusätzlicher Kapazitätsbedarf erkennbar sei (handschriftlich S. 27 der Einladung, 2. Absatz). Er wollte wissen, wie die Verwaltung zu dieser Aussage komme. Nach seinen Erfahrungen sei die Linie bereits ab dem Regierungsviertel überfüllt. Im Übrigen schließe er sich den Ausführungen seines Vorredners an. Die BBB-Fraktion unterstütze ebenfalls den weitergehenden Beschluss-Vorschlag der Verwaltung. Er bitte, über den unveränderten Beschluss-Vorschlag der Verwaltung zuerst abzustimmen.

Abg. Krauß äußerte, auch seine Fraktion begrüße das vorgelegte Konzept, bitte aber um Verständnis, dass der Rhein-Sieg-Kreis sich zunächst mit seinen Kommunen abstimmen müsse, da diese maßgeblich an der Finanzierung des ÖPNV beteiligt seien.

Stv. Beu betonte, es gehe nicht darum, die Verwaltung auszubremsen, sondern darum, den beteiligten Gremien und betroffenen Kommunen eine ausreichende Diskussion und Stellungnahme zu ermöglichen, denn das Konzept enthalte nicht nur Vorteile. Darüber hinaus sollten die im Änderungsantrag der Sozialliberalen enthaltenen detaillierten Anregungen – unabhängig vom Abstimmungsergebnis – zunächst von der Verwaltung auf ihre Zweckmäßigkeit und Umsetzbarkeit geprüft werden.

Abg. Dr. Kuhlmann dankte der Verwaltung für die gute Vorlage. Auch die vorgenommenen Priorisierungen seien nachvollziehbar. Wegen der zentralen Bedeutung für den Nah- und Regionalverkehr sei vor allen Dingen ein Ausbau der Linie 66 erforderlich. Seine Fraktion sehe aber auch den erheblichen Diskussionsbedarf in den kommunalen Gremien. Deshalb unterstütze er den Antrag der Fraktionen CDU, GRÜNE auf Streichung des Satzteils „mit kurzfristigem Realisierungshorizont Dezember 2018“ in Ziffer 2 des Beschluss-Vorschlages der Verwaltung.

AM Brückel bemerkte, mit dem Änderungsantrag der Koalition werde sehr wohl „auf die Bremse“ getreten. Viele Fahrgäste seien ohnehin der Auffassung, dass in Bonn nur über Verbesserungen geredet werde, sich tatsächlich aber nichts ändere. Jetzt habe man die Chance, kurzfristige Angebotsverbesserungen im Stadtbahnnetz auf den Weg zu bringen. Diese Chance sollte genutzt werden.

AM Kunze äußerte, es sei immer darüber geredet worden, wie wichtig die Weiterentwicklung des ÖPNV sei, dass Geld investiert werden müsse und möglichst alle an einem Strang ziehen sollen. Jetzt schlage die Verwaltung vor, die Angebotsverbesserungen bis Dezember 2018 zu konkretisieren, die Kosten zu ermitteln und dann den politischen Gremien einen Beschlussvorschlag zur Umsetzung vorzulegen. Er appelliere an alle Ausschussmitglieder, diesem Vorschlag zu folgen.

Stv. Schmitt wiederholte seine Frage nach der Datengrundlage für die von der Ver-

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

waltung getroffene Aussage, dass auf den Stadtbahnstrecken Bonn – Bad Godesberg und Bonn – Bad Honnef in den Hauptverkehrszeiten kein zusätzlicher Kapazitätsbedarf erkennbar sei.

Herr Smydra, Stadtplanungsamt, verwies auf die als Anhang zur Vorlage beigefügten Grafiken zur Fahrzeugauslastung (handschriftlich S. 39/40 bzw. 41/42 der Einladung). Wenn man die Streckenäste Bad Godesberg bzw. Bad Honnef mit den anderen Abschnitten vergleiche, erkenne man, dass die Auslastung dort etwas geringer sei, weil es in diesem Bereich zusätzlich den SPNV mit dem neuen Haltepunkt UN Campus gebe. Zur Frage der Abstimmung führte er aus, dass sich die Aufgabenträger und die Verkehrsunternehmen seit 2014 regelmäßig in der Arbeitsgruppe „Zukunft Stadtbahn“ treffen und gemeinsame Struktur- und Fahrgastprognosen erstellen und den Handlungsbedarf sowie die weitere Vorgehensweise abstimmen. Natürlich seien die Ziele der Verwaltung ambitioniert und ließen sich nicht alle kurzfristig umsetzen. Aber die Verwaltung möchte zunächst die Maßnahmen, die machbar seien, zum Fahrplanwechsel 2018 realisieren.

Herr Dr. Berbuir, Leiter des Fachbereichs Verkehr und Mobilität, ergänzte, die Vorlage sei in der Arbeitsgruppe besprochen und zwischen den Verwaltungen in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis abgestimmt worden. Man habe sie allerdings noch nicht den politischen Gremien in Sankt Augustin und Bornheim vorgestellt. Dies werde aber im Laufe des weiteren Prozesses geschehen. Auch die Stadt Wesseling werde noch beteiligt. Die Planungen seien zwar ambitioniert, aber die Verwaltung hoffe, zumindest Teilmaßnahmen kurzfristig umsetzen zu können.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, fasste abschließend noch einmal zusammen, dass neben dem Beschluss-Vorschlag der Bonner Verwaltung, die heute als Tischvorlage vorgelegten Änderungsanträge der Ratsfraktionen CDU, GRÜNE und der Bonner Sozialliberalen zur Abstimmung stehen.

Stv. Beu, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn, erläuterte zum Verfahren, dass er zunächst über den weitestgehenden Änderungsantrag der Sozialliberalen, dann über den Änderungsantrag der Koalition und abschließend über die – entsprechend des Ausgangs dieser beiden Abstimmungen – unveränderte oder veränderte Beschluss-Vorlage der Verwaltung abstimmen lassen werde.

B.-Nr.:
PVA
BN/RSK
31/18

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Verkehrsunternehmen und den anderen betroffenen Aufgabenträgern die vorgeschlagenen Angebotsverbesserungen mit kurzfristigem Realisierungshorizont Dezember 2018 gemäß Begründung zu konkretisieren, die Kosten zu ermitteln und den politischen Gremien auf dieser Basis einen Beschlussvorschlag zur Umsetzung vorzulegen. Falls der Fahrplanwechsel im Dezember 2018 nicht mehr erreichbar sein sollte, ist die Möglichkeit eines zusätzlichen unterjährigen Fahrplanwechsels in 2019 zu prüfen. Höchste Priorität soll dabei eine Taktverdichtung zwischen den Fernbahnhöfen Bonn und Siegburg haben. Angebotsreduzierungen werden nur soweit vorgenommen, wie es durch die Zahl verfügbarer Fahrzeuge unvermeidbar ist, insbesondere ist in den Schwachverkehrszeiten die heutige Fahrtenzahl auf allen Linienästen mindestens beizubehalten. Eine vollständige Einstellung der Linie 63 soll vermieden werden, die Liniennummer soll trotz der vorübergehenden Angebotsreduzierung erhalten werden, analog der heutigen unechten Linien 65, 67 und 68.

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung zur mittel- und langfristigen Weiterentwicklung des Stadtbahnnetzes weiter voranzutreiben und zu konkretisieren. Die SWBV/SSB wird beauftragt, mit der Markterkundung für die zeitnahe Beschaffung 12 neuer oder gebrauchter Stadtbahnfahrzeuge zu beginnen. Für den Zeithorizont 2026 werden Möglichkeiten zur Beschaffung weiterer Fahrzeuge, beispielsweise über Optionen mit dem Hersteller der kurzfristig zu beschaffenden Fahrzeuge oder durch die Beschaffung von antriebslosen Beiwagen, jeweils in ausreichender Anzahl für die dann prognostizierte Nachfrage, zu prüfen. Die Auswirkungen auf den nächsten Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung ist von der SWBV bis spätestens August 2018 darzustellen.

Abst.- Bonn: Ablehnung!
Erg.: MB ./ LINKE und Sozialliberale
RSK: ./.

B.-Nr.: Die Beschluss-Vorlage wird dahingehend geändert, dass in Ziffer 2 der Satzteil
PVA „mit kurzfristigem Realisierungshorizont Dezember 2018“ gestrichen wird.
BN/RSK
32/18

Abst.- Bonn: Zustimmung
Erg.: MB ./ SPD, Sozialliberale, LINKE, BBB
RSK: ./.

B.-Nr.: 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung zur mittel- und langfristigen
PVA Weiterentwicklung des Stadtbahnnetzes weiter voranzutreiben und zu
BN/RSK konkretisieren. Die SWBV wird beauftragt, mit der Markterkundung für 12
33/18 zusätzliche Stadtbahnfahrzeuge (alternativ für ca. 18 antriebloße Beiwa-
gen) zu beginnen. Die Auswirkungen auf den nächsten Wirtschaftsplan
und die Mittelfristplanung sind von der SWBV bis spätestens August 2018
darzustellen.

2. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit Verkehrsunternehmen und den anderen betroffenen Aufgabenträgern die vorgeschlagenen Angebotsverbesserungen gemäß Begründung zu konkretisieren, die Kosten zu ermitteln und den politischen Gremien auf dieser Basis einen Beschlussvorschlag zur Umsetzung vorzulegen.

Abst.- Bonn: einstimmig als Empfehlung an den Hauptausschuss
Erg.: RSK: ./ nur Kenntnisnahme

7	Anfrage der Kreistagsfraktion GRÜNE vom 20.03.18: Betriebsbereitschaft der B-Wagen bei den SWB	
---	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, verwies auf die am 13.04.2018 nachversandte Stellungnahme der SWB.

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

8	Kostenloser öffentlicher Nahverkehr zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs	
8.1	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.02.2018: Schnellstmögliche Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis zum Thema "Kostenloser ÖPNV"	
8.2	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 15.02.2018: Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreis am Pilotprojekt für einen kostenlosen ÖPNV	

Die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 wurden zusammen beraten.

Abg. Tendler erläuterte den SPD-Antrag. Er führte aus, das Schreiben der drei geschäftsführenden Minister Hendricks, Schmidt und Altmeier vom Februar 2018 an den EU-Kommissar für Umwelt, mit dem ein Modellprojekt für den kostenlosen ÖPNV in fünf deutschen Städten, u.a. in Bonn, angekündigt wurde, habe auch in unserer Region eine unglaubliche Diskussion entfacht. Seine Fraktion habe daher überlegt, dass dieses Thema nicht nur in der Stadt Bonn, sondern gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis und auch im VRS diskutiert werden müsse. Seit der Antragstellung am 15.02.2018 sei nun einiges passiert und eine neue Diskussion angestoßen worden. Der VRS habe sich mit dem Thema intensiv beschäftigt. In der Versbandsversammlung im März wurde die Geschäftsführung der VRS GmbH beauftragt, drei zentrale Punkte zu überprüfen:

1. Welche konkreten Maßnahmen sind mittelfristig (bis ca. 2023) erforderlich, um Fahrgaststeigerungen von 30 % bewerkstelligen zu können?
2. Mit welchen konkreten Maßnahmen können kurzfristig ggf. temporär bereits Kapazitätssteigerungen erreicht werden?
3. Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus den Punkten 1. und 2.?

Antrag:

Er halte diesen fraktionsübergreifend im VRS gestellten Antrag (s. Anlage 7 der heutigen Einladung, handschriftlich S. 46) für wichtig und notwendig und beantrage daher, den Beschlussvorschlag des Antrags auch heute zur Abstimmung zu stellen.

Abg. Kemper erläuterte anschließend den Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten (TOP 8.2). Der Antrag sei gestellt worden, als die Absage des Bonner Oberbürgermeisters an das Bundesministerium zur kostenfreien Gestaltung des ÖPNV noch nicht bekannt gewesen sei. Dennoch sei klar, wenn man in Bonn die Abgase reduzieren und die Luftqualität verbessern wolle, dann müsse man auch die Pendler, die zum größten Teil aus dem Rhein-Sieg-Kreis kommen, mit einbeziehen. Deshalb halte er, unabhängig von einer Abstimmung über den fraktionsübergreifenden VRS-Antrag, den Antrag seiner Fraktion aufrecht.

AM Kunze bemerkte, auch seine Fraktion sei überrascht gewesen, wie schnell der Oberbürgermeister das Angebot vom Bund abgelehnt habe. Er hätte sich gewünscht, dass das Angebot stärker, auch in die Fraktionen hinein, kommuniziert worden wäre. Gerade was die Verbesserung im ÖPNV angehe, hätte er sich – wie im VRS geschehen – ein gemeinsames Vorgehen gewünscht. Für ihn bedeute die schnelle Absage eine nicht wahrgenommene Chance zur Verbesserung des ÖPNV.

SkB Becker betonte, es gebe keinen kostenlosen ÖPNV. Die Frage sei vielmehr, wer bezahle dafür, dass es kostenlose Tickets gebe. Insofern seien die vom VRS beauftragten drei Untersuchungspunkte völlig richtig. Denn man müsse natürlich wissen, wie es sich stufenweise darstellen könnte, wenn am Ende für den ÖPNV-Nutzer Re-

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

duzierungen oder vielleicht sogar kostenlose Angebote herauskommen sollen. Er halte zwar das Angebot der Bundesregierung für sehr übereilt und vor dem Hintergrund der Urteile zur Zulässigkeit von Fahrverboten für Diesel-Fahrzeuge getroffen, dennoch sollte es nicht frühzeitig abgelehnt werden. In der gesamten Diskussion stecke die Chance, dass endlich insgesamt begriffen werde, dass die Verkehrsprobleme nur über einen erheblichen Ausbau der Kapazitäten im ÖPNV zu lösen seien. Dieser Ausbau könne aber nicht allein von der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis finanziert werden. Es bedürfe einer anderen Verkehrspolitik des Bundes. In Wahrheit gehe es also nicht um einen kostenlosen ÖPNV, sondern vor allem um Bewusstseins-schärfung, dass für die zeitgemäße Lösung der Verkehrsprobleme ein erheblicher Kapazitätsausbau mit finanzieller Unterstützung des Bundes erforderlich sei, und dies müsse gemeinsam eingefordert werden.

Stv. Reinsberg äußerte, kostenlosen ÖPNV wünschen sich alle, die Frage sei nur, ob dies leistbar wäre. Die Bonner Verwaltung habe von insgesamt 60 Maßnahmen 10 Punkte als prioritär an den Bund übermittelt. Im VRS hätten die Bonner Vertreter ihrer Fraktion den Antrag mit unterschrieben. Insofern könne sie dem Antrag von Herrn Abg. Tendler zustimmen, den fraktionsübergreifenden Antrag im VRS zu unterstützen und auch heute noch einmal darüber abstimmen zu lassen.

Abg. Krauß stellte fest, Ausgangspunkt der Diskussionen seien die Schadstoffbelastungen in den Innenstädten. Er könne verstehen, dass einige der Auffassung seien, das Modellprojekt sei zu schnell abgelehnt worden. Nichtsdestotrotz möchte er nicht von einer verpassten Chance sprechen. Denn das Angebot des Bundes habe eine Diskussion ausgelöst, in der unsere Region noch einmal deutlich darauf hinweisen konnte, welcher enormer Kapazitätsausbau- und Zuschussbedarf bestehe. Es sei wichtig gewesen, den gemeinsamen Antrag zur Untersuchung des Kapazitätsbedarfs im VRS zu platzieren und es sei sicherlich auch sinnvoll, dies durch einen heutigen Beschluss der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis noch einmal zu bestätigen.

Kostenfreien ÖPNV werde es so nicht geben, aber ÖPNV müsse attraktiver gestaltet werden und höre nicht an den Kommunalgrenzen auf. Es sei ein regionales Thema. Auch wenn sich das Thema „kostenloser ÖPNV“ weitestgehend erledigt habe, müsse man sich weiterhin gemeinsam dem Kernpunkt „Umweltschutz“ widmen und sich durch alternative Angebotsformen, wie z.B. elektro- oder wasserstoffbetriebene Busse, auf emissionsfreien ÖPNV konzentrieren. Das erfordere zum Teil hohe Investitionen. Der Bund sei hier mehr als je zuvor in der Pflicht.

Abg. Dr. Kuhlmann war der Auffassung, dass die Diskussion um Abgase und Schadstoffbelastung viel zu hysterisch geführt werde. Davon sollte man sich nicht anstecken lassen. Er wies darauf hin, dass die Grenzwertüberschreitungen in den Innenstädten seit Jahren rückläufig seien. Die Dieselflotte werde ebenfalls durch bessere Abgasreinigung nach und nach umweltfreundlicher. Auf der anderen Seite nehme der ÖPNV und Radverkehr zu. Vor diesem Hintergrund warnte er vor Aktionismus und warb für eine nachhaltige Verkehrspolitik. Unter Aktionismus zähle er auch die Forderung nach einem „kostenlosen ÖPNV“. Stattdessen sollten die Steuergelder besser in den Bus-, Schienen- und Radverkehrsausbau investiert werden. Das würde auch die Staus verringern und die Luftqualität in den Innenstädten weiter verbessern. Das ÖPNV- und Radverkehrsangebot müsse attraktiver werden, damit mehr Autofahrer umsteigen. Dazu gehören neben der Weiterentwicklung des Stadtbahnnetzes auch der Ausbau der Schnellbuslinien, die Elektrifizierung der Voreifelbahn und der Ahrtalbahn sowie der Ausbau der Radinfrastruktur (Radschnellwege, Bike & Ride-Anlagen, Allradssysteme). Ebenso müssten die Möglichkeiten der Digitalisierung

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

noch viel stärker genutzt (Entwicklung einer Mobilitäts-App, Einführung eines E-Tickets) und intelligente Verkehrsleitsysteme eingeführt werden.

Abg. Moersch überreichte eine Machbarkeitsstudie „Bus und Bahn fahrscheinfrei in NRW“ und bat darum, diese der Niederschrift beizufügen. (s. Anlage 3)

SkB Kurth führte aus, schon in den 60er Jahren habe der damalige Verkehrsminister festgestellt, jeder fahre gerne mit öffentlichen Verkehrsmitteln, wenn es schnell funktioniere. Der Preis spiele dabei nicht die entscheidende Rolle. Dieser Ansatz gelte auch heute noch. Man werde die Autofahrer nicht durch „kostenlosen ÖPNV“ zum Umsteigen bewegen, wenn nicht gewährleistet werden könne, dass sie schnell und pünktlich ihr Ziel erreichen. Man brauche eine effektivere Struktur des ÖPNV.

AM Brückel bestätigte, es sei richtig, dass man im ÖPNV ein attraktives Angebot schaffen müsse. Dazu gehöre aber neben kurzen Fahrzeiten und Komfort auch der Fahrpreis. Der VRS sei neben dem Rhein-Main-Verkehrsverbund der teuerste Verkehrsverbund in Deutschland. Viele Autofahrer empfinden die Pkw-Nutzung günstiger als die VRS-Tarife. Insofern sei nicht nur die Fahrzeit wichtig. Es müsse an jeder einzelnen Stellschraube gedreht werden.

Der Vorsitzende des Rhein-Sieg-Kreises, Abg. Steiner, wies darauf hin, dass der VRS zahlreiche attraktive Angebote bereithalte, die auch stark genutzt würden, wie z.B. Schüler- und Jobtickets.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, fasste er noch einmal die zwei zur Abstimmung stehenden Anträge zusammen: Zum einen den Antrag des Abg. Tandler, den im VRS fraktionsübergreifend gestellten Antrag heute noch einmal bestätigen zu lassen, zum anderen den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten zu TOP 8.2 zur Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises am Pilotprojekt für einen kostenlosen ÖPNV.

Stv. Beu, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn, stellte einvernehmlich fest, dass der Antrag des Abg. Tandler übernommen werde und somit der Bonner Ausschuss ebenfalls über den fraktionsübergreifenden Antrag im VRS abstimme.

B.-Nr.:
PVA
BN/RSK
27/18

Die Planungs- und Verkehrsausschüsse der Bundesstadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises schließen sich dem nachfolgend abgedruckten fraktionsübergreifenden Antrag der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg zur „Untersuchung des Kapazitätsbedarfs im Kontext der Diskussion eines ticketlosen ÖPNV“ vom 09.03.2018 an:

„Die Geschäftsführung der VRS GmbH wird beauftragt, ein Untersuchungsdesign und Vorgehensmodell auf Basis bestehender Daten in der nächsten Sitzung der Verbandsversammlung am 29.06.2018 mit folgenden Zielen vorzulegen:

- 1. Welche konkreten Maßnahmen sind mittelfristig (bis ca. 2023) erforderlich, um Fahrgaststeigerungen von 30 % bewerkstelligen zu können?**
- 2. Mit welchen konkreten Maßnahmen können kurzfristig ggf. temporär bereits Kapazitätssteigerungen erreicht werden?**
- 3. Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus den Punkten 1. und 2.?**

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abst.- Zustimmung zum Antrag!
Erg.: RSK: MB ./ 1 Stimme (AfD)
 Bonn: einstimmig

B.-Nr.: Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem KA/KT, den Landrat zu
PVA beauftragen, sich bei der Bundesregierung bzw. bei den zuständigen Stellen
BN/RSK dafür einzusetzen, dass der Rhein-Sieg-Kreis im Rahmen der Erprobung des
28/18 kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs berücksichtigt wird. Voraussetzung dafür ist, dass die Konditionen dergestalt geschaffen werden, dass der Rhein-Sieg-Kreis nur zu einem geringen Teil eigene Mittel aufbringen muss.

Abst.- Ablehnung des Antrages!
Erg.: RSK: MB ./ LINKE, FUW/Piraten bei einigen E.
 Bonn: ./

9	Linienwegsoptionen L 550 - Ergebnis des Prüfauftrages aus der Gemeinschaftssitzung am 24.05.2017 -	
---	--	--

Abg. Kitz dankte den Verwaltungen für die umfangreiche und präzise Vorlage. Bei der Weiterentwicklung des Busnetzes Niederkassel, Bonn, Troisdorf, Sankt Augustin gebe es verschiedene Varianten, die auf den Karten (handschriftlich S. 61-63 der Einladung) dargestellt seien. Seine Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn in den weiteren Abstimmungsgesprächen folgende Linienführungen prioritär diskutiert würden:

- Linie 551
Direktere, beschleunigte Linienführung über die Niederkasseler Straße, ohne Schwarz-Rheindorf, über Beuel bis zum Hbf Bonn.
- Linie SB 55
Erhalt des bisherigen Linienvverlaufs von Lülisdorf über Beuel bis zum Hbf Bonn. Falls Angebotsverbesserungen kurzfristig zum Fahrplanwechsel möglich seien, würde dies seine Fraktion sehr begrüßen.
- Linie 550
Linienführung nicht mehr von Wahn, sondern von Lülisdorf über die Ortszentren Rheidt und Mondorf und dann weiter über die Nordbrücke und – wenn die Viktoriabrücke fertiggestellt ist – über diese bis zum Hbf Bonn.

Im Zuge der gesamten Diskussion sei es seiner Fraktion darüber hinaus wichtig, dass auch noch einmal über den sehr langen und deshalb auch verzögerungsanfälligen Linienweg der Linie 501 gesprochen werde. Denkbar wäre eine künftige Linienführung nicht mehr über Zündorf, sondern über Ranzel und Libur nach Wahn. So würden die Stadtteile Rheidt und Mondorf auch eine bessere Anbindung an das S-Bahn-Netz erhalten.

Stv. Reinsberg begrüßte ebenfalls die Vorlage der Verwaltung. Gerade im rechtsrheinischen Busnetz sei eine Verbesserung notwendig. Sie freue sich, dass auch von Seiten des Rhein-Sieg-Kreises Zustimmung signalisiert werde. Jetzt müssten die Kosten ermittelt und weitere Abstimmungsgespräche geführt werden.

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Stv. Schmitt bemerkte ergänzend, wichtig sei nicht nur die Ermittlung der Kosten insgesamt, sondern auch die Aufteilung der Kosten.

B.-Nr.:
PVA
BN/RSK
34/18

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Begründung skizzierten Zielkonzepte zur Weiterentwicklung der Linien SB 55, 550, 551 und 640 zu konkretisieren, mit den betroffenen Städten und Verkehrsunternehmen abzustimmen sowie die Kosten zu ermitteln.**
- 2. Als kurzfristige Maßnahme zur Entlastung der Linie 550 werden Angebotsausweitungen des SB 55 geprüft und zur Beschlussfassung für den kommenden Fahrplanwechsel vorgelegt.**

Abst.-
Erg.:

RSK: einstimmig
Bonn: einstimmig

10	Zeit- und Ausbauplanung BAB 565 zwischen AK Bonn-Nord und AS Bonn-Endenich und weitere Maßnahmen des Landesbetriebs	
-----------	--	--

10.1	Vortrag durch den Landesbetrieb Straßen.NRW	
-------------	--	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, begrüßte den Regionalleiter von Straßen.NRW, Herrn Ganz, und bat um Vorstellung der Ausbaumaßnahmen auf der A 565.

Nähere Einzelheiten des Vortrags können der als **Anlage 6** beigefügten Präsentation entnommen werden.

SkB Becker fragte nach, ob nach jetzigem Planungsstand bei der abgestimmten Vorzugsvariante auch ein Radweg vorgesehen sei und wenn ja, in welcher Qualität.

Herr Ganz erklärte, die Vorzugsvariante betreffe nur den 6-spurigen Ausbau der A 565. Zusätzlich gebe es einen Ratsbeschluss vom 14.12.17, der um Prüfung bitte, ob hier ein Radschnellweg möglich und sinnvoll wäre. Dies sei aber ein eigenständiges Prüfverfahren, das mit dem Landesverkehrsministerium abgestimmt werden müsse, während der Autobahnausbau eine Angelegenheit des Bundes sei. Die Entscheidung über den Radweg sei noch offen.

SkB Becker erwiderte, die Zuständigkeiten seien ihm bekannt. Aber Herr Ganz habe dargestellt, dass es einen ambitionierten Zeitplan für das Planfeststellungsverfahren gebe. Deshalb müsste auch schnellstmöglich eine Entscheidung über den Radweg getroffen werden. Der Fahrradverkehr spiele bei allen zukunftsfähigen Mobilitätskonzepten eine wichtige Rolle. Es könne nicht sein, dass ein Brückenneubau ohne schnellen Radverkehrsweg geplant werde.

Stv. Beu, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn, schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an. Beim Neubau des Tausendfüßlers und einer Verbreiterung auf 6 Spuren müsse ein Radweg in die Planungen mit einbezogen werden. Das von Herrn Ganz angesprochene Klagerisiko werde dadurch nicht kleiner oder größer, dass die 6-spurig auszubauen- de Brücke zusätzlich noch um einen Radweg verbreitert werde.

Abg. Krauß erkundigte sich nach der Umleitungsstrecke, falls es während der Bau-

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

zeit zu einer einstreifigen Verkehrsführung kommen sollte. Darüber hinaus wollte er wissen, ob der Unfallschwerpunkt, der seinerzeit zu der Schließung des Vollanschlusses Eendenich geführt habe, durch die neuen Planungen beseitigt werde und ob in den Ausbauplanungen auch ein Ausbau des ABK Bonn-Nord berücksichtigt sei.

Herr Ganz erläuterte, bezüglich des Radweges entlang der A 565 befinde sich der Landesbetrieb in enger Abstimmung mit der Stadt Bonn. Außer dem Ratsbeschluss der Stadt Bonn zur Prüfung einer Radwegeverbindung gebe es aber bisher keinen Auftrag. Um als Auftragsverwaltung des Bundes tätig werden zu können, brauche er einen entsprechenden Beschluss des Bundes. Das Thema Einspurigkeit beziehe sich nur auf Einzelmaßnahmen im Rahmen von Nachtbaustellen und an Wochenenden. Zum „Eendenicher Ei“ habe es bisher erst einen Planungsworkshop mit der Stadt Bonn gegeben. Hier seien erste Konzepte und Ideen diskutiert worden – mehr nicht. Das Gleiche gelte für das ABK Bonn-Nord. Es sei zwar im Bedarfsplan für den Ausbau vorgesehen, konkrete Planungen lägen aber noch nicht vor. Zurzeit werde ein europaweites Vergabeverfahren vorbereitet, um erste Variantenuntersuchungen erstellen zu lassen.

Stv. Dr. Redeker bemerkte, ein Radweg mache nur Sinn, wenn man ihn auch in Eendenich bzw. über die Nordbrücke bis Beuel weiterführe. Darüber hinaus interessiere ihn, ob im Falle einer Entscheidung für einen Radweg jeweils getrennte oder ein gemeinsames Planfeststellungsverfahren durchgeführt werde. Letzteres würde er bevorzugen.

Herr Wiesner, Leiter des Dezernates Planung, Umwelt, Verkehr, bestätigte, dass sich die Stadt Bonn bezüglich des Radweges mit dem Landesbetrieb in der Abstimmung befinde und der Rat einen Prüfauftrag beschlossen habe. Man sei sich aber noch nicht in allen Punkten einig. Insbesondere müsse die Finanzierung noch geklärt werden. Eine Antwort des Ministeriums stehe noch aus. Falls ein Radweg realisiert werde, müsse er technisch und zeitlich mit dem Neubau des Tausendfüßlers genau abgestimmt werden. Deshalb sollten sowohl die Planung als auch der Bau von einem Ingenieurbüro bzw. Bauunternehmen ausgeführt werden. Auch halte er nichts von getrennten Planfeststellungsverfahren.

Antrag:

SkB Becker schloss sich den Ausführungen von Herrn Wiesner an. Die Frage einer Radwegeverbindung müsse von vornherein in die Planung mit einbezogen werden. Er beantrage daher, dass der Rhein-Sieg-Kreis den Beschluss-Vorschlag der Stadt Bonn übernehme und die Forderung nach der Aufnahme eines Radwegs in das Planfeststellungsverfahren von Straßen.NRW zum Neubau der A 565 unterstütze.

SkB Leuning äußerte, die SPD-Fraktion unterstütze gerne – wie von Herrn SkB Becker vorgeschlagen – einen Beschluss zum Radweg. Er fragte nach, ob bei den Überlegungen zum Vollanschluss „Eendenicher Ei“ auch die Verkehrsprognosen mit eingerechnet werden. Denn ein Vollanschluss bedeute nicht nur mehr Verkehr auf der Autobahn, sondern auch mehr Verkehr auf den angrenzenden städtischen Straßen.

Stv. Beu entgegnete, der Vollanschluss „Eendenicher Ei“ sei seinerzeit aus Sicherheitsgründen gesperrt worden, weil es Kreuzungen in der zunächst als Autoschnellstraße konzipierten Autobahn gegeben habe. Im Rahmen eines 6-spurigen Ausbaus der A 565 werde ein Vollanschluss wieder befürwortet, weil jetzt alle Verkehre bis Lengsdorf geführt werden müssen, um dort auf die Autobahn aufzufahren. Er habe

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

allerdings Herrn Ganz so verstanden, dass es zunächst nur um den Ersatzbau des Tausendfüßlers gehe. Über den Vollanschluss könne erst danach diskutiert werden. Abschließend bat er Herrn Ganz um eine vorsichtige Zeitschätzung.

Herr Ganz antwortete, Ziel sei es, bis 2021 eine Variantenentscheidung zu erreichen.

Vor den weiteren Beratungen fasste der Ausschuss für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises entsprechend seiner Geschäftsordnung einen Beschluss zur Verlängerung der Sitzung.

B.-Nr.:
PVA
BN/RSK
35/18

Die Sitzung wird über 19.00 Uhr hinaus fortgeführt.

Abst.-
Erg.:

RSK: einstimmig
Bonn: ./.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zum bisherigen Vortrag von Herrn Ganz vorlagen, ließ der Vorsitzende, Abg. Steiner, den Bonner Ausschuss über den Beschluss-Vorschlag der Bonner Verwaltung und den Ausschuss des Rhein-Sieg-Kreises über den Antrag des SkB Becker abstimmen (**s. hierzu TOP 10.2**).

Anschließend stellte Herr Ganz die vom Landesbetrieb Straßen.NRW vorgesehenen Baumaßnahmen 2018/2019 vor (s. hierzu **Anlage 6** der Niederschrift).

SkB Kicinski erkundigte sich nach den Maßnahmen an der Hochbrücke der B 42 bei Königswinter (Drachenbrücke).

Herr Ganz antwortete, die Statik von Brücken müsse in gewissen Abständen überprüft werden. Bei der Nachberechnung sei festgestellt worden, dass die Brücke nicht dauerhaft tragfähig sei und deshalb verstärkt werden müsse.

10.2	Bonner Vorlage "Neubau der A 565 - Radwegemaßnahmen"	
------	--	--

Die Beratungen sind unter TOP 10.1 dargestellt.

B.-Nr.
PVA
BN/RSK
36/18

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beachtung der üblichen kommunalrechtlichen Vorgaben und Entscheidungskompetenzen die notwendigen weiteren Schritte zu unternehmen, um die Aufnahme eines Radwegs, möglichst als Radschnellweg, in das Planfeststellungsverfahren des Landesbetriebs Straßen.NRW zum Neubau der A 565 zwischen dem AK Bonn Nord und der AS Bonn Endenich sicherzustellen und eine Realisierung möglichst im Zuge dieser Baumaßnahme zu erreichen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierung einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke im Zuge oder nach dem Neubau der A 565 zwischen dem AK Bonn-Nord und der AS Bonn-Endenich zwischen Immenburgstraße und An der Immenburg weiter planerisch voranzutreiben und den Ratsgremien Vorschläge zur Planung und Finanzierung zu unterbreiten.**

Abst.-
Erg.:

Bonn: einstimmig
RSK: ./.

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.: Der Ausschuss für Planung und Verkehr unterstützt die Forderung nach der Aufnahme eines Radwegs in das Planfeststellungsverfahren von Straßen.NRW
PVA zum Neubau der A 565.
BN/RSK
37/18

Abst.- Bonn: ./.
Erg.: RSK: einstimmig

11	ÖBB-Nachtzug aus und in Richtung Wien - Halt in Bonn -	
----	---	--

Stv. Beu, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn, erläuterte die Gründe, die aus seiner Sicht für eine Wiedereinführung des Halts des ÖBB-Nachtzugs am Bonner Hauptbahnhof aus Richtung Wien sprechen.

Stv. Dr. Redeker äußerte, nach der Vorlage seien ÖBB und DB grundsätzlich an einem erneuten Halt am Bonner Hbf interessiert. Eine Realisierung sei aber auf keinen Fall vor Beendigung der Baumaßnahmen im Hbf (geplant Ende 2019) möglich.

Herr Wiesner, Leiter des Dezernates Planung, Umwelt, Verkehr, ergänzte, die Stadt Bonn werde trotz ihrer geringen Einflussmöglichkeiten auch weiterhin an die Akteure appellieren, den Halt im Bonner Hbf wiedereinzuführen. Sobald ein neuer Kenntnisstand vorliege, werde der Ausschuss informiert.

12	NEILA - mündlicher Sachstandsbericht -	
----	---	--

Frau Gädker, Stadtplanungsamt, berichtete über den aktuellen Sachstand. Ursprünglich sollte das Projekt im März 2018 starten. Es habe aber Verzögerungen auf Bundesebene bei der Freigabe der Fördermittel gegeben. Nunmehr werde der Bewilligungsbescheid für Mitte des Jahres erwartet. Dennoch laufen die Vorbereitungen weiter. Zurzeit befinde man sich in der Abstimmung der Kooperationsverträge mit allen Beteiligten. Bei der nächsten gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis im November 2018 werde die Verwaltung erneut berichten.

Stv. Moll betonte, ein gemeinsames Flächenmanagement und die systematische Erfassung von Kriterien zum Ausgleich zwischen den Kommunen sei essentieller Bestandteil des laufenden Regionalplanprozesses. Er bitte daher die Verwaltung um einen zeitnahen Bericht über den weiteren Verlauf der Abstimmungsgespräche, möglichst schon im nächsten oder übernächsten Planungsausschuss.

13	Stand des Radfahrweges von Bonn nach Siegburg	
----	---	--

Herr Haux, Stadtplanungsamt, erläuterte, das Thema beziehe sich auf die zukünftige Radwegeführung am Knotenpunkt B 56/Bundesgrenzschutzstraße. Hier seien drei verschiedene Varianten im Gespräch: Lichtsignalanlage, Turbokreisel mit Unter- und Überführungen für Radfahrer und Fußgänger und großer Kreisel mit Führung der B 56 unter dem Kreisel. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen worden, die Gespräche zwischen den Beteiligten liefen noch.

7. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

14	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	
----	------------------------------------	--

a) Stadtradeln

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, machte auf die in den ersten drei Wochen im Mai stattfindende Aktion „Stadtradeln“ aufmerksam und motivierte auch alle Pendler zum Mitmachen.

b) Ersatzfahrpläne bei Streiks

Abg. Krauß erkundigte sich, ob es möglich sei, Busse bei vorher angekündigten Streiks nach einem festen Ersatzfahrplan fahren zu lassen. Er bat um Beantwortung zu Protokoll.

Hinweis der Verwaltung:

Die Verkehrsunternehmen wurden um Stellungnahme gebeten. Die Ausschüsse werden nach Eingang der Antworten informiert.

Ende des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

15	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.



Ingo Steiner
Vorsitzender

Ursula Hillebrand
Schriftführerin